

5. Kritische Perspektiven auf die Bewegungsforschung: Ansätze zur Analyse progressiver kollektiver Mobilisierung im juridischen Feld

Platzbesetzungen, Massendemonstrationen und die kreative Erneuerung traditioneller Protestformen, wie zum Beispiel Streiks, haben in den letzten Jahrzehnten zu Veränderungen in der weltweiten Protestarena beigetragen. Insbesondere seit den Ereignissen rund um die Wirtschaftskrise 2007 und ihre lokalen Krisenerscheinungen ändern sich globale Bewegungskonstellationen¹ im zügigen Verlauf. Dies erfordert auch neue Interpretationsansätze innerhalb der Bewegungsforschung, die Forderungen und kollektive Handlungsrepertoires im Hinblick auf ihren politischen Kontext und ihren Eigengehalt für das Erkämpfen transformatorischer Projekte untersuchen. Kategorien der paradigmatischen Bewegungsforschung wie Protestrepertoires, Ressourcen und diskuratives Framing bleiben weiterhin instruktiv für die Beschreibung der eingesetzten kollektiven Praktiken im Rahmen von Protestzyklen.² In diesem Kapitel möchte ich jedoch weitere Kategorien in die Debatte einbringen und dafür die politische Situiertheit und konstitutive Vielfalt dieser neuen Bewegungsformationen sowie ihren Einfluss auf soziale und institutionelle Sphären ergründen.

Diese Fragestellungen verstärken den Ruf, die Bewegungsforschung erneut in die kritische Gesellschaftsanalyse einzugliedern (della Porta 2015d: 27). Dem daraus resultierenden Plädoyer für eine engagierte Bewegungsforschungspraxis, die die multidimensionalen Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus betrachtet (vgl. Cini et al. 2017; Engelhardt/Moore 2017), schließe ich mich an. Dabei stelle ich in diesem Kapitel einen theoretischen Rahmen dar, der das Zusammenspiel von konfrontativen Momenten der sozialen Kämpfe, die durch vielfältige

- 1 Mehrere kritische Ansätze nicht nur im Feld der Bewegungsforschung, sondern auch der politischen Theorie und der politischen Soziologie haben sich der globalen Protestwelle der Jahre ab 2010 gewidmet und verschiedene Reflexionsanstöße über das transformatorische und politische Potenzial dieser kollektiven Mobilisierungen gegeben, mit besonderem Blick auf die Erfahrungen in den Platzbesetzungen (vgl. u.a. Brown 2015; Buckel 2017; Butler 2015; Demirović 2013; Gebhardt 2019; Hetzel 2017; Lorey 2020; Süß 2019).
- 2 Beispiele dieser sehr umfassenden Literatur sind unter anderem Ancelovici 2016; Chabanet/Lacheret 2016; della Porta 2015; Desbos/Royall 2016; Dufour et al. 2016; Flesher Fominaya/Cox 2013; Nez 2018; Oikonomakis/Roos 2016.

Bewegungsformationen geführt werden, und ihrer Eischreibung in das politische und vor allem juridische Feld herausarbeitet. Wenn verschiedene Interaktionsmomente, die sich aus der strittigen Bewegungskonstitution bis auf die konkreten Kämpfe erstrecken und verschiedene gesellschaftliche Arenen umfassen, betrachtet werden, können in diesem Zusammenhang, auch Praktiken der kollektiven Mobilisierung des Rechts aus der Perspektive sozialer Bewegungen interpretiert werden.

Diesen analytischen Rahmen begründe ich durch vier theoretische Schritte, die zunächst auf Erkenntnissen der englischsprachigen materialistischen Bewegungsforschung basieren. Diese Auswahl ergänze ich durch marxistische, heterodoxe Lektüren zu sozialen Bewegungen, die auch Dimensionen der poststrukturalistischen Interpretationen von Identität und Hegemonie sowie der Feldtheorie einbeziehen. Gemeinsam ist diesen Ansätzen der Anspruch, die Positionierung der Forscher:innen selbst zu reflektieren (Vey et al. 2019: 31). Sie betonen zudem das Verhältnis sozialer Bewegungen zu ihren materiellen Produktions- und Reproduktionsbedingungen (vgl. Barker 2001; Cox 2013). Auf dieser Basis arbeite ich die vier zentralen Beiträge für meine Interpretation der kollektiven Kämpfe und ihrer Eischreibung in die juridische Arena heraus: die Merkmale einer engagierten Forschung zu kollektiver Mobilisierung und sozialen Verhältnissen (5.1), die daraus resultierende Konzeption von sozialen Kämpfen und ihr Verhältnis zu politischen Projekten (5.2), ein kritisches Verständnis von Kollektivität hinsichtlich aktueller Bewegungsformationen (5.3), und schließlich die strukturierenden Bedingungen für die Interaktion progressiver sozialer Bewegungen mit Institutionen des politischen und juridischen Feldes (5.4). Auf diese Erkenntnisgrundlage stützt sich danach mein Ansatz zur Erforschung kollektiver Kämpfe in der juridischen Arena, den ich als bewegungsorientierte Rechtsmobilisierungsanalyse konzipiere (5.5). Die daraus resultierende analytische Matrix dient in den folgenden Kapiteln als Folie zur Durchführung der Fallstudie über die sozialen Kämpfe gegen Austerität in Portugal sowie die juristischen Auseinandersetzungen am portugiesischen Verfassungsgericht, die parallel zu diesem Mobilisierungsprozess verliefen und diesen Protestzyklus maßgebend prägten.

5.1 Engagiertes Wissen im Hinblick auf die Relationen: materialistische Bewegungsforschung

Grundannahme einer Analyse von gesellschaftskritischen Bewegungen ist Krinsky zufolge die Verortung ihrer kollektiven Handlung im gesamten sozialen Zusammenhang, in dem sich politische Mobilisierungsprozesse entfalten (Krinsky 2013: 110). Diese ist eine Voraussetzung, um

kollektive Praktiken *materialistisch* zu ergründen, und stützt sich auf Ansätze, die das Verhältnis zwischen diesen Praktiken einerseits und seiner strukturellen Umgebung andererseits herausarbeiten, wie zum Beispiel die marxistische Tradition, die eine derartige analytische Herangehensweise im Hinblick auf die Kämpfe der Arbeiter:innen initiierte.

Auch wenn, wie im Falle des Staates und des Rechts, Marx keine Theorie der sozialen Bewegungen im strikten Sinne entwickelt hat, geben dennoch mehrere Dimensionen seines Methodenansatzes sowie seine Interpretation der Kämpfe der Arbeiter:innenbewegung um den zwölfstündigen Arbeitstag instruktive Hinweise für eine kritische Analyse des transformatorischen Potenzials sozialer Kämpfe: »Die Festsetzung eines normalen Arbeitstags ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter« (MEW 23: 279ff., hier 286). Die damaligen kollektiven Kämpfe um ein Minimum an Arbeitsschutz resultierten, Marx' provozierenden Einschätzungen zufolge, in Veränderungen der Arbeitsbedingungen im Allgemeinen. Die Streiks und Auseinandersetzungen um Arbeitsrechte konnten sich gegen den umfassenderen Ausbeutungskontext jener Zeit nur selektiv zur Wehr setzen. Sie bedeuteten dennoch einen relevanten Schritt für die Arbeiter:innen, indem sie strukturelle Veränderungen auf der Produktionsebene mit sich brachten:

»Diese minutiösen Bestimmungen, welche die Periode, Grenzen, Pausen der Arbeit so militärisch uniform nach dem Glockenschlag regeln, waren keineswegs Produkte parlamentarischer Hirnweberei. Sie entwickelten sich allmählich aus den Verhältnissen heraus, als Naturgesetze der modernen Produktionsweise. Ihre Formulierung, offizielle Anerkennung und staatliche Proklamation waren Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe« (MEW 24: 299).

Marx interpretierte die Potenziale dieser Kämpfe um Rechte weder im Hinblick auf die Konstituierung der Arbeiter:innenbewegung selbst noch angesichts der eigenen Logik ihrer Austragung in der juridischen Arena. Dennoch: Sobald diese kollektiv erkämpften Errungenschaften der Bewegung als Ergebnis umstrittener Mobilisierungsprozesse verstanden werden, kann zugleich der strategische Nutzen dieser kollektiven Auseinandersetzungen für progressive Projekte herausgestellt werden. Außerdem betonen sie den relationalen Charakter zwischen strukturellen und institutionellen sozialen Veränderungen, die auch die Verfassung des juridischen Feldes erreichen, wie am Beispiel der Regulierung des Arbeitstags zu sehen ist. Angesichts dieser Beiträge aus der marxistischen Tradition betont Kern darüber hinaus, die marxistische Gesellschaftsanalyse sei wegweisend, was die Erforschung der kollektiven Organisierungsformen der Arbeiterklasse bzw. Arbeiter:innenbewegung angehe, und präge somit die Entstehung der westeuropäischen Bewegungsforschung entscheidend mit (Kern 2008: 15).

Im Nachgang der sogenannten Krise des westlichen Marxismus und infolge des Aufkommens der neuen sozialen Bewegungen betrachtete die deutsche materialistische Gesellschaftstheorie die Erfahrungen dieser Gruppen zunächst sekundär, wenn auch mit relevanten Ausnahmen (Yon 2018: 56). Wie im vergangenen Kapitel nur kurz angerissen, analysierten Hirsch und Roth zum Beispiel die Effekte kollektiver Kämpfe auf Ent- und Re-Demokratisierungsprozesse der postfordistischen Gesellschaft (vgl. Hirsch 2005, 2006; Hirsch/Roth 1986).³ Hinsichtlich der historischen Erfahrungen sozialer Bewegungen in der Nachkriegszeit stellten die Autoren unter anderem also fest, es sei nicht mehr daran zu denken, dass die »Gesellschaft in ihren Grundstrukturen mittels staatlicher Macht« zu verändern wäre (Hirsch 2006: 97; dazu auch: Roth 2018; Martin/Wissel 2018), auch nicht durch die Initiative einer uniformen Akteurskonstellation, die imaginierte Arbeiter:innenbewegung. Transformation von kapitalistischen und gesellschaftlichen Verhältnissen sei vor allem multidimensional voranzutreiben und inmitten von sowie gegen die staatlichen Machtstrukturen durch verschiedene Akteur:innen zu erkämpfen (Hirsch/Roth 1986: 178).⁴ Ziel dieser exemplarischen Reflexionen über die transformatorischen Praktiken kollektiv organisierter Akteur:innen, so begründet Ulrich Brand seine Positionierung im Rahmen derselben kritischen Tradition, sei es dabei, eine mit den Bewegungen und für die Bewegungen nützliche Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen und Konjunkturen zu produzieren und somit diese Kollektivität in ihren Kämpfen mit kritischen Einschätzungen bzw. mit einem »Strukturwissen für das emanzipative Handeln« zu unterstützen (Brand 2006: 44).

In der englischsprachigen Bewegungsforschung waren und sind materialistische Konzeptionen im Unterschied zum deutschsprachigen Raum breit vertreten (für aktuelle Überblicke über das deutschsprachige Feld

- 3 Konkret betrachteten Hirsch und Roth die Erfahrungen feministischer und ökologischer Bewegungen (Hirsch/Roth 1986: 169). Ihr Ansatz leistete Anfang der 1980er Jahre einen zentralen Beitrag zur Weiterführung der heterodoxen marxistischen Debatten, die sich von einer diametralen Spaltung zwischen den gesellschaftlichen Konflikten im Rahmen der Arbeit oder der Lebenswelt abgrenzten (Hirsch 2006: 94).
- 4 Hirschs Ansatz wurde nicht nur in seinen staats- und demokratietheoretischen Ausprägungen, sondern auch im Dialog mit feministischen Theorien (Dackweiler 1995), der Kritischen Theorie (Görg 1992) und nicht zuletzt mit der Hegemonietheorie Antonio Gramscis (Brand 2006, 2005) erweitert. Während Roth zum Fortschreiten der Bewegungsforschung in Deutschland aktiv beitrug (vgl. u.a. Roth 2012, 1996), situiert sich die Arbeit von Joachim Hirsch vor allem in der kapitalismuskritischen Staatsanalyse (vgl. Hirsch 2005).

siehe Haunss 2018; Rucht 2019; Teune/Ullrich 2018; Sorg 2020).⁵ In diesem Feld vermehrten sich Studien über die Jahre hinweg, die materialistische Gesellschaftstheorien auf der Meso-Ebene zur Erforschung sozialer Bewegungen anwenden (Cox 2014: 58). Diese Studien teilen Brands kritische Perspektive in Bezug auf die Überspezialisierung der Bewegungsforschung (vgl. Cox/Nilsen 2014; Cox 2019; Hetland/Goodwin 2014; Krinsky 2013), die im Kontrast zu aktivistischen Erwartungen die Praktiken sozialer Bewegungen zwar beschreiben, aber wenig Nutzbares für die Strategiesetzung der Bewegungen selbst einbringen (Cox 2019: 6). In Anlehnung an marxistische Theorien, insbesondere an die Arbeiten von E. P. Thompson (vgl. 1966, 1978) über die britische Arbeiter:innenklasse, sowie an staatskritische Ansätze am Beispiel von John Holloway (vgl. Holloway 1988, 2002; siehe dazu vgl. Holloway/Picciotto 1977, 1979), plädierte Colin Barker für einen neuen Klassenbegriff. Für ihn sind das Organisationswissen und die eingesetzten Strategien zur Veränderung kapitalistischer Verhältnisse nicht nur aus einer idealisierten monolithischen Arbeiterorganisation – hier absichtlich in der männlichen Form geschrieben – herzuleiten, sondern sind vor allem die Graswurzelpraktiken politisierter Akteur:innen diejenige kollektive Praktiken, die den Alltag allmählich ändern (Barker 2001: 42). Schlussfolgerung daraus ist für Barker, dass in der Forschung zu sozialen Bewegungen nicht unbedingt die konkreten Subjekte der Kämpfe zentral sein sollten, sondern vielmehr ihre Konvergenzmomente in sozialen Kämpfen (Barker 2001: 59).⁶ Denn gesellschaftskritische Bewegungen bringen mit sich die Rationalität der Kämpfe hervor, die die etablierten Lebensweisen und den *common sense* zur Veränderung herausfordern, wie Cox (2014: 58, 2013: 130) in Anlehnung an Barker und Gramsci einräumt. Soziale Kämpfe seien demnach erst durch die Berücksichtigung der aktivistischen Wissensproduktion zu theoretisieren, um somit die Rückspiegelung dieser gesellschaftlichen Transformationen auf anderen sozialen Ebenen, auch im Staat nachvollziehen zu können (Barker 2001: 59).

- 5 Colin Barker war ein marxistischer Bewegungsforscher, Aktivist und Mitbegründer der jährlichen Konferenz »Alternative Futures«, bei der das aktivistische Engagement der Bewegungsforschung eine zentrale Rolle spielte, wie Cox (2019) seinen Beitrag zur Entwicklung einer engagierten Expertise zur Erforschung sozialer Bewegungen im englischsprachigen Raum nach dessen Tod 2019 in Erinnerung brachte.
- 6 Barker arbeitet mit dem englischen Begriff »*class struggles*«, der wortwörtlich im Deutschen als »Klassenkämpfe« zu übersetzen wäre. Ich verwende jedoch das Konzept »soziale Kämpfe«, weil dieses dem akkuraten Sinn von Barkers theoretischer Interpretation entspricht, da er für eine Verflechtung verschiedener Kämpfe und die Erweiterung des Klassenkonzepts an sich plädierte (vgl. Barker 2001; Baker 2008).

Im Dialog mit Barker präsentierte Lawrence Cox (2014) drei richtungsweisende Grundprämissen für eine engagierte Bewegungsforschung, die zugleich die materiellen Verhältnisse in den sozialen Kämpfen mit betrachtet. *Erstens* tragen seiner Ansicht nach Bewegungen dazu bei, die Lebenswelt und materiellen Umstände zu bilden, in deren Rahmen ihre Interaktionen mit anderen Akteur:innen stattfinden. Diese Praktiken, Ideen und Institutionen konstituieren *zweitens* wiederum die Bewegungen selbst. Sowohl diese institutionellen Erscheinungen als auch die Bewegungen sind *drittens* schließlich in kulturellen und politischen Kontexten verortet, d.h. in einer von ihnen relational autonomen Materialität, und Teil eines konfliktiven Systems mit anderen mächtigeren Akteur:innen (ebd.: 60). Die Betrachtung dieser drei materiellen Dimensionen, und zwar der Lebenswelt, des Wechselspiels mit kulturellen und institutionellen Ebenen sowie der Ko-Konstituierung sozialer Bewegungen und ihrer Umgebung, die sich in die alltäglichen kollektiven Praktiken einschreiben, greift für eine Analyse ihrer aktivistischen Dynamiken auf die »tief erlebten Erfahrungen« (*depth lived experience*) dieser kollektiven Akteur:innen zurück (ebd.: 62). Die konkreten materiellen Umstände, die sich auch kulturell und institutionell herauskristallisieren, bestimmen die Bedingungen für kollektive Handlung und Organisierung, die die Forschung wiederum in die wissenschaftliche Grammatik übersetzt. Und dies sei demnach mit der Zuversicht zu tun, dass das produzierte Wissen für die soziale Bewegung nutzbar bleibe. In Cox' Worten: »[O]ffering a language whose main role is to be reworked by others as they struggle to articulate their own needs, develop their own movements, and fight their own battles« (ebd.).⁷

Diese analytische Matrix beharrt nicht zuletzt darauf, die Lebensweisen, eigene Rationalität und Weltanschauungen kollektiver Akteurskon-

- 7 In derselben Richtung analysieren Barker und Cox in der Praxis sozialer Bewegungen die »revolutions from below«, d.h. die im Alltag von Aktivist:innen erprobten Formen der Basisorganisation (Cox 2019: 9). Eine ähnliche Herangehensweise charakterisiert auch die Tradition der marxistischen Forschung zu sozialen Bewegungen in Lateinamerika, wo zwischen Bewegungsforschung und kapitalismuskritischem Aktivismus nur unscharfe Grenzen bestehen. Breno Bringel führt die deutliche Anlehnung an den Marxismus auf die verbreitete Anwendung strukturalistischer Ansätze zurück, die die Forschung zu sozialen Bewegungen in der Region weiterhin prägen (vgl. Bringel 2019, 2012). Hinzu kommt eine politische Agenda von aktivistischen Forscher:innen und Aktivist:innen selbst, die die Praxis neuer sozialer Bewegungen im Verhältnis zu staatlichen Institutionen und ihre Verflechtungen in dem sogenannten linken Zyklus in Lateinamerika erforschen (Bringel/Falero 2014; Bringel/Pleyers 2015; für Überblicke über den linken Zyklus in LA siehe Ardití 2008; Brand 2016; Vestena 2020; Boris 2015, 2018).

stellationen zu berücksichtigen (ebd.: 48f.). Die Positionierung der Forschung begründet die Auseinandersetzung über den Gehalt der Wissensproduktion zur Erforschung sozialer Bewegungen, denn John Krinsky (2013: 110) zufolge sind Bewegungspraktiken grundlegend in einem konfliktiven gesellschaftlichen Zusammenhang situiert. Wie der Autor, in Anlehnung an Marx im *18. Brumaire* (2007 [1852]), betont: »[W]e make our own history, but not in circumstances we choose freely« (Krinsky 2019: 174). Soziale Bewegungen bestimmen die Konturen ihrer Praxis unabhängig; sie vollführen dabei einen Spagat zwischen den existierenden Möglichkeiten, ihren eigenen Ausgangsbedingungen und den Vorstellungen über die Transformation, die sie auf die kollektiven Kämpfe übertragen (ebd.). Wenn soziale Bewegungen handeln, so wird in diesem Strang der materialistischen Tradition der Bewegungsforschung sowie in den früheren Kapiteln anhand des Konzepts der strategischen Selektivität (siehe 2.1.3 und 2.3) argumentiert, konfrontieren sie sich mit den gegebenen Möglichkeiten, entscheiden unter den verfügbaren Alternativen über ihren Aktionskurs und ändern somit den Rahmen, in dem sie mittels ihrer eigenen Handlungsrepertoires interagieren (Krinsky 2013: 114).

In derselben materialistischen Tradition setzen Anne Engelhardt und Madelaine Moore die Konzepte von sozialen Bewegungen und sozialen Kämpfen in Beziehung und konzipieren Bewegungen dabei als Ergebnis eines Prozesses, der sich im Rahmen sozialer Kämpfe entfaltet. In welcher Form sich soziale Akteur:innen kollektiv organisieren und wer an einer solchen Kollektivität teilhat, sind strittige Schritte einer Auseinandersetzung innerhalb der sozialen Bewegungen selbst und im Verhältnis zum institutionellen Rahmen, wie die Wissenschaftler:innen erläutern (Engelhardt/Moore 2017: 286). Ausgangskonzept für die Forscherinnen ist in Anlehnung an Barker die Analyse sozialer Kämpfe, die die Untersuchung der Rolle progressiver Bewegungen für die Transformation mehrdimensionaler und diskriminierender kapitalistischer Verhältnisse umfasst (ebd.: 273).⁸ Verankert in der materialistischen Tradition seien Kämpfe und Klassen, im erweiterten Sinne verstanden, nicht voneinander zu trennen: Diese beiden Dimensionen, die durch multiple andere Herrschaftsformen konstituiert sind, seien durch eine holistische Kritik der Gesellschaft, die keine einzelne Dimension allein epistemologisch privilegiert, zu analysieren und als Anschlusspunkt für die Praxis sozialer

8 Die Forscherinnen arbeiten mit dem holistischen Konzept der sozialen Reproduktion und, wie im zweiten Kapitel bereits dargestellt, verstehen unter Klassenverhältnissen verschiedene Formen von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen, seien diese genderspezifisch, kolonial, rassistisch geprägt oder die Herrschaftsverhältnisse, die die Produktion und Reproduktion markieren (Engelhardt/Moore 2017: 286).

Bewegungen in Richtung ihrer Veränderungen herauszuarbeiten (ebd.: 276). Die verschiedenen Dimensionen des sozialen Ganzen, die in den realen sozialen Verhältnissen nicht zu trennen sind, sollen berücksichtigt werden, auch wenn die epistemologische Unmöglichkeit fortbesteht, *das Ganze* zu verstehen (ebd.: 276). Denn davon auszugehen ist, dass gesellschaftliche Prozesse zueinander relational sind und nur hinsichtlich dieser *Relationalität*, im Sinne ihrer eigenen und gleichzeitigen ko-konstituierenden Stellung zum Ganzen, konzipiert werden können (ebd.: 277).⁹

Diesen dialektischen Blick, der Relationen und Ambivalenzen sozialer Kämpfe hervorhebt und zugleich das Ganzen ohne jede Determinierung der gesellschaftlichen Sphären durch ein bestimmtes soziales Verhältnis berücksichtigt, binde ich in meine Analyse sozialer Bewegungen ein, um gerade die gegenseitigen Wirkungen zwischen Bewegungshandlung und institutionellen Einschreibungsprozessen zu untersuchen. Eine engagierte Herangehensweise mithilfe dieser Forschungsansätze verortet auch die Geschichte der Mobilisierungen in einer breiteren Perspektive. Sie betont, dass Bewegungen nicht zwangsläufig ihre Forderungen unmittelbar erreichen müssen, um als erfolgreich wahrgenommen zu werden (Engelhardt/Moore 2017: 277; siehe auch Roth 2012). Denn abgesehen von unmittelbaren Ergebnissen eines Mobilisierungsprozesses können sie z.B. auch ihre Netzwerke und die internen Organisationskapazitäten stärken. Darüber hinaus ist es auch ein erfolgreiches Ergebnis der Mobilisierung, wenn entscheidende Positionen im Staat oder institutionell abgesicherte politische Entscheidungen erreicht werden, auch wenn die Bewegungen ihr Mobilisierungspotenzial oder ihre Ressourcen dafür allzu sehr aufbrauchen, sodass sie ihre Strategien vollständig auf die institutionelle Arena verlagern (vgl. Engelhardt/Moore 2017; Vestena 2019; Israël 2003, 2019).

All diese Szenarien sind mögliche Ergebnisse kollektiver Mobilisierung, die zum einen die Kontingenz dieser Prozesse herausstellen. Zu anderem verweisen sie auf den relationalen Charakter sozialer Bewegungen zu den sie umgebenden strukturellen Bedingungen (vgl. Barker 2001; Cox 2013; Krinsky 2013). Schlussfolgernd lässt sich also festhalten: Was die bisher vorgestellten Forschungsperspektiven als *materialistisch* kennzeichnet, ist ihre Situiertheit in den materiellen Verhältnissen und alltäglichen Erfahrungen, die sowohl die sozialen Konflikte und die daraus resultierenden Kämpfe als auch die kollektiven Organisationsformen unter diesen Umständen prägen. Diese materialistische

9 Dabei verwenden die Forscherinnen in Anlehnung an Bertell Ollman (2007, 2015) das dialektische Argument, dem entspricht, dass soziale Phänomene nicht zwangsläufig A oder B ergeben müssen, sondern je nach Konjunktur der Kräfteverhältnisse potenziell A und B zugleich sein können (Engelhardt/Moore 2017: 277).

Herangehensweise trägt zum Kanon der paradigmatischen Ansätze der Bewegungsforschung insofern bei, als sie den gesellschaftlichen Kontext und vor allem aber die Verhältnisse der Bewegungen sowie der Forscherin zu diesem Kontext in den Vordergrund stellt. Diese Konzeption erfordert einen weiteren theoretischen Schritt, der das Mehr-Ebenen-Geflecht aus makrogesellschaftlicher Analyse, der Ebene der Akteurspraktiken und der institutionellen Dynamiken vermittelt: Nur so können mit Blick auf die Erfahrungen der Bewegungen und ihre sie umgebenden Umstände mehrdimensionale soziale Kämpfe untersucht werden. Das Konzept der sozialen Kämpfe, auf dem die materialistischen Ansätze zur Erforschung kollektiver Konflikte vor allem basieren, kann von einer Erweiterung durch die Überlegungen über die Kämpfe um Hegemonie profitieren, um somit die Entwicklung sozialer Kämpfe als Rechtskämpfe in der juridischen Arena politisch einzuordnen.

5.2 Soziale Kämpfe und politische Projekte

Soziale Bewegungen streben in der Regel danach, ihre Forderungen gesellschaftsfähig zu machen, um dadurch ihre Anziehungskraft zu erhöhen und die Unterstützung weiterer Akteur:innen zu gewinnen. Dafür verarbeiten sie ihre Strategien diskursiv und setzen sich für ihre Anliegen kollektiv ein. Welche Effekte ihre kollektiven Strategien, einmal in sozialen Kämpfen in Gang gebracht, entfalten, kann durch Betrachtung der miteinander ringenden Hegemonieprojekte, unter die sich die verschiedenen kollektiven Strategien subsumieren lassen, genauer verstanden werden.

Mit einem derart formulierten hegemonietheoretischen Zugang hat Hendrik Sander die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland untersucht und ihre politischen Strategien im Hinblick auf ihr kapitalismuskritisches Verhalten bzw. ihre Eingliederung in unterschiedliche Hegemonieprojekte interpretiert (Sander 2016). Der Ansatz, soziale Kämpfe bezüglich ihrer politischen Artikulation zu untersuchen, kombiniert die akteursübergreifenden Dimensionen dieser Kämpfe mit der Analyse der sozialen Strukturen, die diese Bewegungspraktiken mitprägen. Am Beispiel der transnationalen Klimabewegung zeigt der Autor das Ringen zweier Projekte, einem grauen und einem grünen,¹⁰ die die Antago-

¹⁰ Um die Naturverhältnisse ringen Sander zufolge in Deutschland zwei Akteurskonstellationen, eine *graue* und eine *grüne*. In die graue Gruppe ordnet Sander Stromkonzerne, klassische Industrieunternehmen, Verbände und Think Tanks ein, die versuchen, »ihr fossil fossil-nukleares Geschäftsmodell möglichst lange aufrechtzuerhalten und die Energiewende auszubremsen« (Sander 2016: 403). In der grünen Gruppe verortet er

nismen und die spannungsreiche Konstellation gesellschaftlicher Naturverhältnisse markieren. Sander zufolge ist die Klimagerechtigkeitsbewegung Teil eines heterogenen grünen Projekts, dessen Akteurslandschaft das Potenzial habe, durch seine relativ autonomen Praktiken neue Richtungen und Impulse für eine Transformation der existierenden Naturverhältnisse zu geben (ebd.: 404). Mit der Analyse gegenhegemonialer Akteur:innen, d.h. derjenigen, die ein alternatives Projekt bezüglich des Umgangs mit den Naturverhältnissen hervorbringen, zielt der Autor darauf ab, das Verhältnis der Bewegung zur sie umgebenden Gesellschaft auszuloten und zugleich den Mehrwert einer historisch-materialistischen Bewegungsanalyse aufzuzeigen (ebd.: 418).

Zentrales Merkmal eines Verständnisses der Kämpfe sozialer Bewegungen in der materialistischen Tradition ist für Sander, dass die Theoretisierung der Bewegungen die Analyse ihrer Akteur:innen, ihrer Wirkung und der kapitalistischen Rahmenbedingungen, in denen sie sich entfalten, umfasst. Diese Bedingungen sind jedoch nicht auf gegebene politische Gelegenheiten oder *geframede* Diskurse zu reduzieren, sondern entfalten sich in Form von Akkumulationsstrategien, hegemonialen Konstellationen der Zivilgesellschaft und in strategischen Selektivitäten der Staatsapparate, wie der Autor ebenso wie bereits im zweiten Kapitel der Arbeit in Anlehnung an Jessop (1999) erläutert. Die Motivation sozialer Bewegungen zur Mobilisierung und ihre Rolle innerhalb von Hegemonieprojekten kann nur im Hinblick auf diese multiplen Dimensionen erfasst werden (Sander 2016: 408).

In dieser Debatte übernimmt Sander (ebd.: 404) das Konzept der Hegemonieprojekte, das die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa als »Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen« (Buckel et al. 2014: 46) konzipiert. Diese Konzeption sieht von einer Zentrierung auf die Akteur:innen ab, dennoch schließt sie Akteurshandlungen nicht aus der Analyse aus. Indem die verschiedenen Strategien, die ohne subjektive Handlung überhaupt nicht existierten, unter einem Projekt vereinigt werden, kann das Verhältnis zwischen sozialen Kämpfen, über die eigenen Bewegungen hinaus, zu ihrem Kontext und weiteren Akteurskonstellationen besonders sichtbar werden (Sander 2016: 412). Die Tragfähigkeit dieses konzeptionellen Beitrags aus der Forschungsgruppe für die Interpretation der Projekte sozialer Bewegungen bestätigt Sander in seiner zuvor erwähnten empirischen Untersuchung der deutschen Klimabewegung (ebd.).

Angesichts des materialistischen Imperativs, soziale Kämpfe im Hinblick auf ihr transformatorisches Potenzial zu analysieren (Hirsch 2005:

Erneuerbare-Energien-Unternehmen und deren Verbände, Umweltverbände, ökologische Forschungsinstitute, Think Tanks und die Klimagerechtigkeitsbewegung selbst, die sich ihrerseits einsetzen, um »die Energieversorgung rasch [...] auf erneuerbare Energien umzustellen« (ebd.).

56), arbeitet Krinsky mit einem ähnlichen Verständnis von Hegemonieprojekten. Dabei unterstreicht er aber, dass sich eine kohärente Einschreibung von Strategien in ein Projekt ohnehin als permanente Herausforderung für kollektive Akteur:innen darstellt (Krinsky 2013: 118), denn soziale Bewegungen konfrontieren sich stets mit ihren eigenen Widersprüchen und spiegeln die gesellschaftliche Konstellation wider, in der sie sich entfalten (Krinsky 2019: 186). Deshalb streben sie nach einem Kompromiss zwischen einer transformatorischen Politik und einem von ihm sogenannten »Klassenprojekt«, das ebenfalls ein erweitertes Verständnis von Klasse impliziert, um somit ihre Praktiken zur Unterstützung eines umfassenderen Projekts auszurichten:

»By focusing on the ways in which activists and others make sense of their movements, learn in interaction with each other, and fashion relatively coherent genres and repertoires, the Marxist tradition provides the means of critically assessing the ways in which movements challenge and support hegemonic projects« (Krinsky 2013: 121).

Auf das Konzept von Hegemonieprojekten zu rekurrieren ist in diesem Sinne aufschlussreich, um die Praktiken und Strategien sozialer Bewegungen verschiedenen umkämpften Projekten um Hegemonie zuzuordnen. Sander verdeutlicht dies in Anlehnung an die obige Konzeption der Forschungsgruppe: »Das entscheidende Zuordnungskriterium ist die Frage, ob die Strategien von Akteur:innen in einem Konfliktfeld signifikant übereinstimmen, ob sie eine gemeinsame, bestimmte Richtung teilen« (Sander 2016: 409). Die Kämpfe um Hegemonie finden in drei Dimensionen statt, wie in diesem Strang der Bewegungsforschung, im Anschluss an Sander und Cox, die sich wiederum an Gramsci anschließen, erläutert wird: Die *erste* ist die diskursive Dimension, unter der das Ringen um Deutungen und Narrative in der Öffentlichkeit und in den Institutionen erfasst wird. Die *zweite Dimension* wird von Sander, so wie bei Cox, als »populäre Dimension« bezeichnet, denn das Alltagsleben ist ein zentraler Bestandteil der Art und Weise, in der Individuen ihre Welt-auffassungen entwickeln und deshalb ebenso entscheidend für die sozialen Kämpfe, die sie antreiben (Cox 2013: 130). Schließlich ist die *dritte Dimension* eine strategische. In ihren Kämpfen um Hegemonie streben soziale Bewegungen danach, weitere Alliierte und Verbündete für ihre Projekte zu gewinnen (Sander 2016: 410). Sie versuchen die etablierten sozialen Diskurse ihren Zielen anzupassen und mit ihren Praktiken den Alltagsverständ zu verändern, um somit weitere betroffene Akteur:innen für die Unterstützung ihrer Anliegen zu aktivieren. Diese Aktivierung bedeutet allerdings keine bloße Übernahme anderer Stimmen, sondern geht vielmehr, wie zu betonen ist, davon aus, dass diese anderen ebenfalls autonom handeln. Schließlich treten diese Kämpfe auch in die politisch-institutionelle Arena ein, wenn soziale Bewegungen ihre Strategien an

die Staatsapparate richten und versuchen, »die staatlichen Politiken, die als verdichtete Kompromisse zwischen sozialen Kräften zu verstehen sind [, zu] verändern« (ebd.: 409).

Die Umsetzungsfähigkeit der Bewegungsstrategien hängt, wie im zweiten Kapitel zum Rechtsverständnis (2.1.4) in Anlehnung an Poulantzas (2002) und Jessop (1999) bereits dargelegt, von den strategischen Selektivitäten der Staatsapparate ab. Bestimmte Hegemonieprojekte sind durchsetzungsfähiger als andere, denn dem Umsetzungspotenzial jeder Strategie liegen die Klassen- und Machtbasis sowie die Bedingungen des jeweiligen politischen Feldes, in dem die Auseinandersetzungen ausgetragen werden, zugrunde (Sander 2016: 410). Gesellschaftskritische soziale Bewegungen befördern in der Regel gegenhegemoniale Projekte, die nur bei besonderen Selektivitäten und einer vorliegenden günstigen Konstellation der Kräfteverhältnisse durchzusetzen sind. Die Radikalität ihrer Forderungen kann ebenfalls bestimmen, inwiefern sie auf Kooperation oder Gegenstrategien stoßen. Für Sander ringen Bewegungen in erster Instanz darum, neue Solidaritätsstrukturen und Vernetzung aufzubauen. Die Veränderung der staatlichen Institutionen ist dabei nicht selten nur ein sekundäres Ziel (ebd.).

Auch wenn die unmittelbaren Strategien der Bewegungen sich nicht zwangsläufig an den Staat richten, »haben diese Initiativen einen vermittelten Effekt auf den Staat, weil sich darin immer die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln« (ebd.). Das materialistische Verständnis von Gesellschaft, das weder Akteur:innen noch Strukturen voranstellt, zeigt gerade diese Wechselwirkung und gegenseitige Konstituierung. Ab dem Zeitpunkt, an dem soziale Bewegungen den Impuls für die Veränderung von Diskursen und Praktiken geben, oder die staatlichen Institutionen mit ihrer anti-institutionalistischen Positionierung konfrontieren, handeln sie im Sinne einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse, die diese gesellschaftlichen Strukturen konstituieren (vgl. Engelhardt 2017; Krinsky 2013). Aus diesen Erkenntnissen ist festzuhalten, dass sich soziale Bewegungen durch das Vorantreiben gegenhegemonialer Projekte in Hegemoniekämpfe einschreiben. Die Resultate dieser Kämpfe wirken sich mittelbar sowie unmittelbar auf die verschiedenen staatlichen Ebenen, einschließlich der juridischen Arena, aus (vgl. Krinsky 2013; Sander 2016; siehe auch im Hinblick auf das juridische Feld Buckel 2008; Buckel et al. 2021; Pichl 2021a). Diese Annahmen gelten als Grundlage für die Durchführung der Fallstudie in Kapitel sieben, die sich den juridischen Konfrontationen um die Austeritätspolitik in Portugal widmet.

Bisher habe ich für die theoretische Reflexion über die materialistische Analyse sozialer Bewegungen herausgearbeitet, dass dieser Ansatz das Engagement um das Bewegungswissen sowie um die Erforschung der materiellen Bedingungen, unter denen sich Bewegungen konstituieren, voraussetzt (vgl. Barker 2001; Cox 2014, 2013; Krinsky 2013).

Darüber hinaus halte ich hierbei für instruktiv, die kollektiven Organisationsformen und Strategien sozialer Bewegungen unter dem Dachbegriff der sozialen Kämpfe und Hegemonieprojekte zu verstehen, denn der transformatorische Inhalt ihrer Auseinandersetzungen wird deutlicher, wenn ihre Praktiken und ihr entsprechendes Veränderungspotenzial im Kontext eines breiteren politischen Projekts analysiert werden (vgl. Sander 2016). Kollektive Akteur:innen handeln gegen die Institutionen und zugleich inmitten dieser. Dabei verändern sie die Kräfteverhältnisse und versuchen Bedingungen zu kreieren, um ihre Forderungen unmittelbar zu erreichen oder, jenseits ihrer direkten Interessen, Kapazitäten für weitere Kämpfe zu sammeln sowie sich zu vernetzen (vgl. Barker 2001; Cox 2014; Hirsch 2006; Roth 2012).

Obgleich das Konzept der sozialen Kämpfe den Protagonismus kollektiver Akteur:innen impliziert und diesen mit den politischen Projekten verbindet, die den Bewegungen selbst übergeordnet sind, bleibt weiterhin unklar, unter welchen Bedingungen individuelle und in den kapitalistischen Gesellschaften stark fragmentierte Akteur:innen kollektiv zusammenfinden. Im nächsten Abschnitt beziehe ich mich auf aktuelle und empirisch informierte Debatten zur Formierung sozialer Bewegungen als politische Kollektivität (vgl. Vey et al. 2019; Vollmer 2019). Diese Debatten stellen die konstituierenden Dimensionen eines nicht naturalisierten Verständnisses sozialer Bewegungen heraus und gehen also nicht von einer präkonstituierten Existenz dieser Kollektivitäten aus. Mit diesem Schritt greife ich zugleich auf einen Teil der Literatur zu den Anti-Austeritätsprotesten zurück, denn diese Interpretationen verdeutlichen angesichts dieser Bewegungskonstellation passgenau die vielschichtige und fluide Formierung sowie den Politisierungsprozess einer pluralen Kollektivität.

5.3 Soziale Bewegung als politische Kollektivität

Allianzen, Vernetzungen und Bündnisse formieren sich in der Mobilisierung bzw. im Verlauf politischer Auseinandersetzungen; sie bleiben contingent und sind nicht selten Gegenstand neuer Aushandlungsprozesse sowie auch von Konflikten innerhalb kollektiver Akteurskonstellationen. Diese Annahme wird von materialistischen Theorien wie am Beispiel der Staatsanalyse von Poulantzas geteilt, die die Konstituierung von Klassenbündnissen als Folge von Konflikten zwischen Klassenfraktionen beschreibt (vgl. Poulantzas 2002). In diesem Kapitel erläutere ich diese Prämissen, allerdings auf der Grundlage der Erkenntnisse poststrukturalistischer Reflexionen der Bewegungsforschung. Dieser Ansatz schlägt vor, eine »poststrukturalistische Blickverschiebung« in der Forschung

zu sozialen Bewegungen zu vollziehen und ihre traditionellen Vorannahmen zu hinterfragen (Vey et. al 2019: 17). Mit dies im Hinblick widmen sich die Forschungen unter dieser Perspektive den Verschiebungen und der Neukonstituierung kollektiver Allianzen. Sie fragen zudem nach der Positionierung und dem politischen Gehalt sozialer Bewegungen in breiteren konfliktiven Kontexten (Leinius et al. 2017: 12).¹¹ Mit ihren pluralen Beiträgen, die sich verschiedener akademischer Richtungen bedienen, ohne eine einzelne theoretische Grundlegung zu vertreten (Vey et al. 2019: 32), ist diese Forschungsperspektive daher besonders aufschlussreich, um die Verständnisse von Bewegungsidentität und Kollektivität in Zeiten von Krisen und anschließenden demokratischen Veränderungen neu zu konzipieren. Die Vorstellung, es gäbe eine vor der Mobilisierung präkonstituierte Identität, unter der die konkreten Forderungen einheitlich identifiziert und uniform ausgetragen werden, die in der Bewegungsforschung von Autoren wie Melucci (1985) bereits kritisiert worden war,¹² lehnt diese Forschungsströmung ebenfalls ab. Poststrukturnalistische Studien setzen sich stattdessen vor allem mit kontingenten Prozessen der Identitätsformation auseinander (vgl. u.a. Niedhöfer 2018; Vollmer 2019; Laclau/Mouffe 2006). In dieser Hinsicht trifft die Definition von sozialen Bewegungen als Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse zu, eine Konzeption, die materialistische Ansätze der Bewegungsforschung eben auch teilen (vgl. Leinius et al. 2017; Sander 2016).

Die Erfahrungen von Platzbesetzungen im Rahmen der Protestwellen gegen die europäische Austeritätspolitik infolge der Finanzkrise 2007 sind Ausgangspunkt zahlreicher theoretischer Reflexionen in diesem Forschungsbereich. Diese Ereignisse haben nicht nur eine Debatte über

- ¹¹ Die poststrukturnalistische Rezeption der gramscianischen Hegemonietheorie stieß eine fruchtbare Debatte über soziale Kämpfe und ihre radikaldemokratischen Potenziale in kapitalistischen Gesellschaften an. Die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe begründeten eine bis heute relevante Forschungslinie über die multiplen und antagonistischen Identitäten kollektiver Akteur:innen, die Entdemokratisierungstendenzen und dem Abbau erkämpfter Rechte entgegenstehen (siehe u.a. Laclau/Mouffe 2006; Hetzel 2017; Nowak 2010; Süß 2019).
- ¹² Die Arbeiten von Melucci waren bereits in den 1980er Jahren wegweisend für die Debatte über plurielle Identitäten und Kultur in der Bewegungsforschung (vgl. Melucci 1985; dazu auch Haunss 2004). Mit einer anderen Perspektive hat die kritische Migrationsforschung ebenfalls die Frage von Identität in Bewegungen untersucht. Denn im Fall von Migrationsbewegungen konstituieren sich nicht zwangsläufig einheitliche Identitäten, sondern vielmehr Politisierungsprozesse, die verschiedene persönliche und politische Erfahrungen in der Migration umfassen (siehe u.a. Schwenken 2016; Long 2013; Anderson 2019; Haavisto 2020).

die eigenen sehr vielfältigen und diversen Bewegungsformationen während dieses Protestzyklus angefacht, in denen Akteur:innen verschiedener politischer und sozialer Couleurs erst während der Proteste eine durchaus kontingente Identität erhielten (vgl. Peterson et al. 2015; della Porta 2015c). Sie haben auch einen neuen Impuls für politische Auseinandersetzungen über die Strategie der Bewegungen und für die kreative Theoretisierung der Auswirkung dieser sozialen Kämpfe um Demokratisierung gesetzt (vgl. u.a. Flesher Fominaya 2020; Flesher Fominaya/Cox 2013; Schritt 2019). Vor dem Hintergrund eines gleichermaßen kontingennten Demokratieverständnisses, das diese als kein feststehendes und deshalb stets umkämpftes Projekt versteht, betonen Ansätze in dieser Debatte die Rolle sozialer Kämpfe zur Revitalisierung demokratischer Prinzipien in gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften. Wie Rahel Süß in Anlehnung an Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (2006) betont, ist kollektives Handeln permanent notwendig, denn »kein politisches Handeln [kann] jemals für sich beanspruchen, spezifische Werte derart konstituiert zu haben, dass zukünftige Generationen nicht ihrerseits den Anspruch auf ein politisch-konstituierendes Handeln« hätten (Süß 2019: 252). Angesichts dessen erheben Bewegungskonstellationen den Anspruch, diesen demokratischen Horizont zu verschieben, und heben ihn zugleich erneut dabei hervor, indem sie die bestehenden Handlungsspielräume aufgreifen und zur Aufrechterhaltung früherer, progressiver Errungenschaften beitragen (ebd.: 258).

Dafür müssen sich unterschiedliche und teilweise auch divergierende Akteur:innen kollektiv organisieren. Diese Momente des Zusammenkommens der *Vielen*, wie Rodrigo Nunes die kollektiven Erfahrungen in den Platzbesetzungen bezeichnet, gelten auch als Ermöglichungsbedingungen für die »Organisierung der Unorganisierbaren« (*organisation of the organisationless*) (Nunes 2014: 6). Im Fall der transnationalen Bewegungswelle gegen die Austeritätspolitik zeigten die Aktivist:innen auf verschiedenen Plätzen weltweit, dass andere Formen des Zusammenlebens und der Solidarität möglich waren, insofern sie trotz ihrer unterschiedlichen Positionen Alternativen entwarfen und ausprobierten (ebd.: 7). Konkret haben diese Proteste die kollektive Unzufriedenheit mit der auf Finanzmärkte orientierten Politik gesellschaftlich kommuniziert, während sie zugleich die Energie für einen Aufbruch in die anscheinend alternativlose Zukunft gesammelt und teilweise auch in Institutionen kanalisiert haben (ebd.: 8; vgl. dazu auch Gebhardt 2019).

Isabell Lorey bietet auch instruktive analytische Erkenntnisse für eine Reflexion über die Konstituierung der Bewegungen in diesen kennzeichnenden Platzbesetzungen (vgl. Lorey 2020, 2019b, 2019a, 2017, 2016, 2012a,b). Auf dieser Erfahrung basierend formuliert sie eine Kritik am westlichen Demokratieverständnis, eine Kritik, die sich aber grundlegend auf das Verständnis von Rationalität kollektiver Organisationsformen

erweitern lässt. Sie bemängelt in traditionellen Konzeptionen von Demokratie, dass diese Individuen aufgrund ihrer Emotionalität und ihrem Mangel an »Sammlung, Beherrschung und Vernunft« als unfähige politische Subjekte erfasst werden (Lorey 2012b: 17). Dabei übe die Repräsentation in dieser Demokratiekonzeption die Rolle aus, nicht nur die *Vielen* politisch zu organisieren, sondern vor allem zu regieren, weil sie nicht in der Lage sind, dies selbst zu tun. Die Zerstreutheit und ebenso die Gefahr des Aufstands oder des Ausbruchs von Affekten, die letztlich Loreys Lektüre nach die Basis gesellschaftlicher Solidarität sind, seien darin durch die politische Repräsentation unterminiert (ebd.: 18). Unter diesem kritischen Blick betont Lorey das Potenzial der Versammlungen und Platzbesetzungen, denn diese hätten mit einer verfestigten Denklogik und der paternalistischen Vorstellung von Unordnung, Chaos und Nichtregierbarkeit kollektiver Akteur:innen gebrochen. Diese Erfahrungen erlaubten es zudem, dass sich die Vielen mit ihrem demokratischen Willen assoziierten, sprich mit einem Willen zur Neukonstituierung der Demokratie (ebd.: 28), wie Demirović (2013) das politische Potenzial desselben Zyklus sozialer Kämpfe ähnlich interpretierte.

Die von den Platzbesetzungen inspirierte politisch-theoretische Reflexion Loreys geht noch einen Schritt weiter als andere poststrukturalistische Interpretationen der kollektiven Mobilisierungen in diesem Protestzyklus. Für die Theoretikerin verfolgten die sozialen Bewegungen in den Platzbesetzungen »nicht-repräsentationistische« und »nicht-identitäre« Strategien: »Sie sind aus den Beziehungen zwischen den partizipierenden Singularitäten, die ohne ihre soziale Relationalität zueinander nicht zu verstehen sind, zu erfassen« (Lorey 2012b: 34). Die Platzbesetzungen boten Räume für Solidarität durch Affekte, Achtung und Empathie; sie fungierten als Raum für soziale Praktiken, die keine einschränkende Identifikation unter gleichen Individuen voraussetzen (ebd.: 42; 2019b: 125). Diese sozialen Praktiken des Zusammenlebens, die transformatorisch für die Gesellschaft, aber auch für die Individuen sind, bedeuteten eine andere Praxis der Demokratie, die, wie Lorey den politischen Charakter dieser Erfahrungen beschreibt, in den Platzbesetzungen erprobt wurde (vgl. u.a. Lorey 2012b, 2017, 2020).

Die Vernetzung der Vielen in den Bewegungen grenzte sich von der Repräsentationslogik ab. Die Bewegungen, die auch »Versammlung der Vielen« oder »plurale Kollektivität« genannt wurden (vgl. u.a. Hardt/Negri 2001; Vollmer 2019), haben sich horizontal und dezentral organisiert, um die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu konterkarieren. Die in der Spur der Platzbesetzungen erzeugte politische Energie erschöpfte sich nicht nach ihrem Ende. Sie floss in die lokalen Vernetzungen, in die kommunale Politik, in die neu erlernten kollektiven Handlungsrepertoires. Lorey (2012b: 46) sieht dabei eine »Zirkulation« der konstituierenden Macht und argumentiert, es bestehe seitdem stetig die Chance

einer neuen Konzentration und Mobilisierung, die die zerstreuten Vielen erneut auf dem Platz – oder in anderen Räumen des Politischen – wieder versammeln könnte (ebd.).¹³ Zirkulation, Zerstreuung und Wiederversammlung sind Merkmale der durch die Bewegungen stetig artikulierten konstituierenden Macht (ebd.: 45f.).

Diese kreativen Organisierungsformen und die politisierte Konturierung dieser aus der *Vielen* formierten Kollektivität, die die Straßen und Plätze besetzte, verlangten dafür weder eine feststehende Identitätsbildung noch uniforme Strategie. Gerade im Gegenteil lehnten sie eine solche einheitliche Formierung ab. In diesen sozialen Kämpfen versetzten sich die Einzelnen in die Lage, aus ihrer eigenen Vereinzelungserfahrung heraus partikulare Anliegen für andere anschlussfähig zu machen und somit das Erkämpfen einer von allen begehrten Veränderung durch die kollektive Handlung zu ermöglichen. Lisa Vollmer (2019) beschrieb am Beispiel einer ähnlichen vielschichtigen Bewegungskonstellation zweier Mieter:innenbewegungen in Berlin und New York die Formierung ihres politischen kollektiven Charakters durch die Erfahrung als Bewegung.¹⁴ Sie stellt dazu fest: Erst in den Kämpfen wurden die Forderungen kollektiver Akteur:innen politisch repräsentativ, kollektiv organisiert und von mehreren Akteurskonstellationen unterstützt (ebd.: 4). Die Pluralität der

¹³ Die Protestwelle der 2010er Jahre löste eine Reihe an weiteren politischen Experimenten aus, die nicht nur die kollektive Praxis des Protestierens, sondern auch die Übersetzungswege der in den Mobilisierungen artikulierten Anliegen in die institutionelle Ebene änderten. Die daraus entstandenen munizipalistischen Plattformen – sprich politische bewegungsförmige Initiativen auf der Ebene der kommunalen Politik – und progressiven Bewegungsparteien treiben weltweit das Erbe dieser politischen Erfahrungen weiter und erneuern das Repertoire der politischen Handlungen und institutionellen Praktiken (vgl. u.a. Flesher Fominaya 2020; Huke et al. 2015; Ribera-Almandoz et al. 2020; Sarnow/Tiedemann 2019; Tiedemann 2019; und auch 7.2.1).

¹⁴ Lisa Vollmer verdeutlicht dieses Argument anhand ihrer Untersuchung über die Entstehung einer politisierten Kollektivität am Beispiel der Mieter:innenbewegungen in Berlin und New York. Hintergrund ihrer Analyse ist die poststrukturalistische Erweiterung der marxistischen Literatur, die weder die Entstehung des politischen Subjekts allein aus seiner Klassenposition herleitet, noch darauf beharrt, dass sich die Politisierung der Subjekte anlässlich eines bahnbrechenden Ereignisses – wie eine Revolution – vollzieht (Vollmer 2019: 4). Mit einem postfundamentalistischen Blick sieht Vollmer »keinen objektiv zu bestimmenden letzten Grund für den Kampf«, denn die politische Kollektivität formiere sich contingent: »Sie lässt sich nicht einmalig aus der strukturellen Position der untersuchten Subjekte ableiten. Sie befindet sich vielmehr im Wandel und ist abhängig von den spezifischen Dislokationen der spezifisch sedimentierten sozialen Beziehungen« (ebd.: 5).

Akteur:innen und die Entkopplung der Forderungen von den einzelnen Identitäten sei charakteristisch für neue Konstellationen sozialer Bewegungen, wie die Kollektivität in der Protestwelle gegen die Austerität oder auch die aktuelle Klimabewegung, die Organisierung der subalternen Migrant:innen, die antirassistische Bewegung und die Bewegungen für ein Recht auf sicheres Wohnen oder würdige Arbeitsverhältnisse, was sich an deren fluiden Konstituierungsprozessen zeige (vgl. Coelho 2019; Lay-Kumar 2019; Leinius et al. 2017). Die Politisierung dieser Gruppen ist nicht einmalig aus der strukturellen Position der Subjekte abzuleiten, wie Vollmer erläutert, sondern vielmehr »im Wandel« oder in der »Dislokation« zu sehen (ebd.: 5).

Eine politisierte Kollektivität, wie Vollmer diese Bewegungsformierung in der Dislokation versteht, ist ein kontingentes Ergebnis geteilter Erfahrungen unter den Subjekten sowie des Verhältnisses dieser zu den »Regulationsmodi und Regierungstechniken«, sprich zu den sozialen und instituierten Formen des Zusammenlebens, die sich in Institutionen des Staates und weiteren sozialen Sphären niederschlagen (ebd.: 5f.). Der Herausbildungsprozess einer Kollektivität ist einerseits contingent, weil er auf keinem einzigartigen Fundament basiert: Er kann weder vorhergesagt noch determiniert werden, denn das von Bewegungen produzierte Wissen, ihre konfrontativen Narrative und nicht letztlich die Artikulation dieser Dimensionen in einem sozialen Kampf treten erst in einem politischen Kontext in Erscheinung (ebd.). Andererseits zeigen sich in den sozialen Kämpfen die Interaktionen zwischen der politischen Kollektivität und den materiellen und institutionellen Bedingtheiten, die gleichzeitig zur Formierung der Bewegungen beitragen. Angesichts dieser Interaktion ist auch festzuhalten, dass die Kontingenz in der Bewegungskonstituierung nicht absolut ist, weil sich, wie die traditionelle Bewegungsforschung zu Recht zeigt, Bewegungen auf frühere Repertoires, Erfahrungen und die Symbolik vergangener kollektiver Politisierungsprozesse stützen (ebd.: 6; vgl. dazu auch della Porta 2013; Tilly 2006). Die Protestpraxis hilft in diesem Sinne zum Beispiel dabei, die Vernetzung der Akteur:innen sichtbar zu machen. Auch in diesem Moment können die kollektiven Handlungsrepertoires in Beziehung zu den politischen Vorstellungen, die die Bewegungen artikulieren, und den institutionellen sowie materiellen Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Mit ihren eigenen Argumentationswegen zeigen die hier dargestellten Reflexionen, dass sich zum einem das eigene Kollektivitätsverständnis der Bewegungen in den Kämpfen verändert. Dies bedeutet, soziale Bewegungen konstituieren sich vor allem fluid und dynamisch, denn sie drücken die Lage der bestehenden soziopolitischen und institutionellen Verhältnisse aus und bringen diese soziale Konstellation zugleich hervor (vgl. Leinius et al. 2017; Nunes 2014; Vey et al. 2019). Zum anderen

ist festzuhalten, dass die kontingente Formierung sozialer Bewegungen sich aus den diversen Erfahrungen der einzelnen Akteur:innen speist, was wiederum den sinngebenden Gehalt ihrer kollektiven Organisierung für die sozialen Kämpfe unterstreicht (vgl. Vollmer 2019). Aus den multiplen Erfahrungen der politisierten Einzelnen werden Vorstellungen der Bewegung selbst und von ihren Forderungen artikuliert, die sich erst dann im Kontext der sozialen Kämpfe manifestieren. Diese Perspektive auf die Kollektivität stärkt erneut die zu Beginn der Arbeit dargestellte materialistische Annahme, der Auftrag einer kritischen Bewegungsforschung sollte vielmehr auf dem gemeinsamen Sinn kollektiver Kämpfe anstatt auf der Suche nach einer Bewegungsidentität liegen. Ein Kollektivitätskonzept, das nicht auf Identitäten fokussiert, sondern für flexible und fluide Konvergenzen zwischen Bewegungsakteur:innen sensibel ist, stellt sich als instruktiv für eine Untersuchung unmittelbarer und mittelbarer Interaktionen zwischen gerade solchen komplexen Bewegungsformationen und staatlichen Institutionen, insbesondere in der juridischen Arena, heraus. Inwiefern und mit welchen Implikationen die Bewegungsstrategien in die Institutionen münden, oder ob diese Interaktionen als Teil einer breiteren Strategie taktisch eingesetzt werden, kann nur in Anbetracht der konkreten sozialen Kämpfe geprüft werden, wie ich im anschließenden letzten Schritt meiner theoretischen Reflexion dieses Kapitels ergründe.

5.4 Institutionelle Kampffelder und Bewegungsinteraktionen

Gesellschaftliche Konflikte werden in verschiedenen sozialen Arenen verarbeitet. In solchen Prozessen erreichen kollektiv artikulierte Forderungen auch die staatliche Ebene (vgl. Barker 2001; Hirsch 2006, 2005; Engelhardt 2017; Engelhardt/Moore 2017). Materielle Gegebenheiten und von früheren Kämpfen inspirierte und erprobte Handlungsrepertoires innerhalb und außerhalb von Institutionen ermöglichen oder limitieren zukünftige Auseinandersetzungen (Krinsky 2013: 109). Soziale Bewegungen betreten verschiedene strittige Felder und setzen sich für ihre Forderungen ein. Dafür müssen sie sich mit den eigenen restriktiven Merkmalen jedes Feldes, sprich mit ihren Eintritts- und Distinktionsregeln auseinandersetzen, wie Ancelovici (2019) in Anlehnung an Bourdieu diese dynamischen Prozesse beschreibt.

An der Schnittstelle der paradigmatischen und kritischen Ansätze der Bewegungsforschung erweitern Neil Fligstein und Doug McAdam die *contentious-politics*-Tradition. Sie begreifen dabei die sozialen Strukturen, in denen sich soziale Bewegungen kollektiv organisieren, als

Ensemble strategischer »Aktionsfelder« (Fligstein/McAdam 2015).¹⁵ Krinsky schließt sich dieser Interpretation an und erläutert, wie gesellschaftliche Felder die unzähligen, überlappenden Handlungsräume für den strategischen Ansatz der im Feld etablierten und dieses herausfordernden Akteur:innen darstellen (Krinsky 2019: 177). Soziale Akteur:innen, darunter auch soziale Bewegungen, streben danach, soziales Kapital und Legitimation gegenüber anderen im Feld zu gewinnen bzw. die in solchen Kampfprozessen erreichten Positionen aufrechtzuhalten (ebd.). Krinskys marxistisch inspirierter und vor allem feldtheoretischer Ansatz analysiert also soziale Handlung in drei Ebenen: kollektive Praktiken werden *erstens* durch die gängigen Praktiken jedes Feldes (die Doxa), *zweitens* durch die Suche nach Übereinstimmung mit den Regeln oder der herrschenden Logik des Feldes und *drittens* durch die verfügbaren Ressourcen, seien dies individuelle Fähigkeiten oder bereits erhaltene Positionen im Feld selbst, vorstrukturiert (ebd.: 179).¹⁶ Auch wenn diese Tendenzen zunächst zur Schlussfolgerung führen, dass die strategische Handlung innerhalb sozialer Felder stets eine ist, die für Stabilität des Feldes und die Anerkennung seiner eigenen zugehörigen Akteur:innen sorgt, betont Krinsky, dass soziale Bewegungen, gerade aufgrund ihrer in der Regel konfrontativen Perspektiven auf die bestehenden Verhältnisse, mit der herrschenden Doxa brechen müssen, anstatt zu versuchen, diese Feldlogik zu stabilisieren (ebd.). Die Feldstruktur steht den Zielen und Forderungen der Bewegungen nicht selten als Barriere gegenüber. Krinsky verweist in dieser Hinsicht auf eine Überlappung zwischen der Konstituierung von Feldern, gesellschaftlichen Strukturprinzipien, wie zum Beispiel rassistischen und genderbasierten Verhältnissen, und der Formierung von institutionellen Sets, die die Verflechtung dieser Dimensionen einerseits widerspiegeln und andererseits erst durch Interaktionen und Beziehungen zwischen den Akteur:innen an Bedeutung gewinnen (ebd.: 180f.).

Die Herausforderung, oder zumindest die Hinterfragung der Feldlogik, wird deshalb häufig der primäre Schritt in Bewegungsaktionen, wie zum Beispiel autonome Bewegungen im Zyklus der Anti-Austeritätsproteste auf ihrer Autonomie gegenüber staatlichen Institutionen beharrten und gerade die Grenzen der institutionellen Politik in Frage stellten (vgl. Bailey et al. 2018; Flesher Fominaya 2020; Peterson et al. 2015).

- ¹⁵ Der Beitrag von Doug McAdam und Neil Fligstein ist auch in der Forschungstradition der *contentious politics* zu verorten. Auf ihrem Beitrag basieren aber mehrere kritische Ansätze sowie materialistische Theorien der Bewegungsforschung (hier z.B. Krinsky 2019; siehe auch Sorg 2018).
- ¹⁶ Das von Fligstein und McAdam erarbeitete Feldkonzept unterscheidet sich nicht allzu sehr von Bourdieus Verständnis von Feld als heuristisches Konzept, um die spezialisierten und ausdifferenzierten Räume der sozialen Struktur theoretisch zu erfassen (Fligstein/McAdam 2015: 59).

Jenseits der Konfrontation können auch die strategische Zustimmung und die bedingte Einschreibung in die Feldlogik als Interaktionsformen zwischen sozialen Bewegungen und Institutionen beobachtet werden. Ob die eine oder die andere Form bevorzugt wird, hängt von den Bewegungszielen und ausgewählten Strategien sowie von der Konstellation der Kräfteverhältnisse in den verschiedenen Institutionen ab, wie zuletzt in Anlehnung an Krinsky die Effekte der Feldstruktur auf die Handlung der Akteur:innen nicht deterministisch interpretiert werden können (Krinsky 2019: 180).

Hier wird Bourdieus Feldkonzept erneut zur Anwendung gebracht, um Felder als strategische Interaktionsorte zu begreifen. Diese betreten die nicht nur mit Kapital ausgestattete Akteur:innen und im Feld Herrschende, sondern auch die in der Regel exkludierten Herausforder:innen (Fligstein/McAdam 2015: 38). Bourdieu sah die Möglichkeit des Eintritts und des Einflusses der »Externen« in institutionellen Arenen vor, wie bereits im Kapitel zum Rechtsverständnis (1.5) im Hinblick auf das Verhältnis der Lai:innen zum juridischen Feld beispielhaft erarbeitet wurde (Bourdieu 2019: 69). In den gesellschaftlichen Feldern ist eher eine ko-konstitutive Interaktion von Akteur:innen und Strukturen festzustellen als eine absolute Schließung der Letzteren den Ersteren gegenüber. Auf die Tatsache, dass in Bewegungen kollektiv organisierte Akteur:innen in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern interagieren, auch in denjenigen, die besonders institutionalisiert sind, wie dem juridischen Feld, verweisen die feldtheoretischen Ansätze in der Bewegungsforschung. Sie zeigen darüber hinaus, dass diese Interaktionen einerseits die Bedingtheiten jedes Feldes widerspiegeln, und andererseits dennoch gewisse Anchlusspunkte für den Einsatz transformatorischer Strategien anbieten, die wiederum die Feldregeln selbst hervorbringen (Fligstein/McAdam 2015: 68; vgl. dazu auch Israël 2019, 2003; Bourdieu 2019).

Diese Erkenntnisse aus den feldtheoretischen Reflexionen gehen in dieselbe Richtung, wie die zu Beginn der Arbeit aufgestellte Hypothese: Soziale Bewegungen wenden sich stetig und pragmatisch dem Staat sowie dem Recht zu. Staatliche Institutionen dienen häufig als Anlaufstellen für die unmittelbare Umsetzung von durch Bewegungen artikulierte Forderungen (vgl. Chua 2014; Tushnet 2005; Vestena 2020; Buckel 2013, 2008). Gesellschaftskritische Bewegungsorganisationen scheuen nicht vor dem Staat und seinen Institutionen zurück. Historisch betrachtet gewinnen sie in der Tat Momentum, wenn ihre Taktiken die politisch institutionalisierten Felder, wie das juridische, erreichen (vgl. Kilpatrick 1935; Polletta 2000; Tushnet 2005; McCammon et al. 2007; Vanhala 2012). Die kollektive Handlung sozialer Bewegungen kann allerdings nicht auf diese Teildimensionen reduziert werden. Denn wenn die Untersuchungen nur auf die institutionalisierten Momente der Kämpfe schauen, gerät die Analyse in Gefahr, lediglich den Zeitpunkt des Eintritts von

Bewegungsforderungen in die verschiedenen Bearbeitungsfelder zu betrachten und infolgedessen nur die internen Strukturen jeder Arena und nicht die kollektiven Dynamiken rund um den Konflikt zu beschreiben. Darüber hinaus können auch rechtliche Entscheidungen in Bezug auf Bewegungsforderungen den Legitimationsgrad kollektiv angesetzter Strategien stärken (vgl. Chappe 2011; Israël 2003). Die Vereinnahmung der politischen Energie kollektiver Repertoires kann im Fall der Einschreibung von Bewegungsstrategien ins staatliche Gefüge geschehen, dies ist aber kein absolutes Schicksal (Krinsky 2019; vgl. dazu auch: Losekann 2013; Chua 2014).

Angesichts dieser Annahmen leisten die bisher artikulierten feldtheoretischen Ansätze einen weiteren Beitrag zur Erforschung von Bewegungsinteraktionen mit verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, indem sie analysieren, wie institutionelle Felder Potenziale für die Einschreibung von Bewegungsforderungen entfalten. *Erster Reflexionsschritt* in dieser Hinsicht ist laut Krinsky der Zugriff auf den materialistischen Gedanken, dass diese Prozesse auch von den konkreten sozialen und materiellen Kräfteverhältnissen abhängen (Krinsky 2019: 185). Darüber hinaus plädiert er in einem *zweiten Schritt* für eine Auseinandersetzung nicht nur mit den Verhältnissen zwischen kollektiven Akteur:innen und Institutionen, sondern auch mit den diskursiven Aspekten, die sich aus der Deutungssetzungsarbeit während der Mobilisierung herauskristallisieren (ebd.: 186). Bewegungen begreifen die »Welt« sowie ihre widersprüchlichen Verhältnisse und positionieren sich politisch auf Basis dieser eher diskursiven Prozesse (ebd.). Nicht jedes Individuum in einer Bewegung ist sich des widersprüchlichen Charakters der gesellschaftlichen Verhältnisse gleichermaßen bewusst. Jeder gesellschaftliche Sektor, wie Krinsky Bewegungsakteur:innen materialistisch verortet, teilt allerdings Vorstellungen, Perspektiven und Interpretationen über den »Stand der Dinge«, das heißt über die aktuelle Lage der gesellschaftlichen Probleme je nach ihrer Gruppenzugehörigkeit oder Erfahrungsperspektive (ebd.: 187). In Anlehnung an Gramsci argumentiert der Autor schließlich in einem *dritten Schritt*, dass Bewegungen über ihre eigenen Intellektuellen verfügen, d.h. über Akteur:innen, die in der Lage sind, die allgemeinen alltäglichen Anliegen subalterner Gruppen in mobilisierbare und kohärente Forderungen zu übersetzen und dabei auch das kritische kollektive Denken zu potenzieren, indem sie es organisieren (ebd.: 188).

Diese marxistisch inspirierten feldtheoretischen Analysen stießen eine Kalibrierung der Feldtheorie zur Reflexion über die Praktiken und die eigene Wissensproduktion sozialer Bewegungen an. Diese Ansätze teilen die Annahme, dass soziale Kämpfe als breitere politische Prozesse zu verstehen sind, ergänzen diese analytische Matrix aber darum, dass diese Kämpfe nach spezifischen Feldregeln ausgetragen werden. Auf der einen Seite untersuchen sie in dem konkreten Feld, in dem die Kämpfe

besonders sichtbar sind, die produktiven Potenziale spezifischer Strategien für eine breitere Bewegungskonstellation. Auf der anderen Seite verorten sie die allgemeinen Erkenntnisse über die Praktiken, Taktiken und mobilisierten Diskurse in einer Reflexion über die materiellen Bedingungen, die die konkreten Bewegungsdynamiken auch mitprägen (Fligstein/McAdam 2015: 25; auch Ancelovici 2019: 161).

Diese feldtheoretischen Ansätze unterscheiden sich von traditionellen Forschungssträngen des *contentious politics* oder auch der Analyse der politischen Gelegenheitsstrukturen, aus denen sie ursprünglich stammen, indem sie viel stärker auf die Verflechtungen zwischen Bewegungen, materiellen Bedingungen und Institutionen schauen und die Interaktionsprozesse gerade im Hinblick auf diese Verschränkungen untersuchen. Sie konzipieren diese beiden interagierenden Pole nicht als externe und interne Dimensionen einem Feld gegenüber, sondern schärfen den Blick für die Analyse von Resonanz sowie für die Einschreibung von Diskursen, Vorstellungen und Forderungen sozialer Bewegungen auch in die institutionellen Arenen. Auf der Grundlage dieser theoretischen Fundierung und analytischen Herangehensweise stelle ich im nächsten Unterkapitel meinen Ansatz zur Analyse von Rechtsmobilisierungsprozessen aus der Perspektive sozialer Bewegungen vor.

5.5 Das Recht in Bewegung: bewegungsorientierte Rechtsmobilisierungsanalyse

Das Recht fungiert aufgrund seiner widersprüchlichen Struktur und Porosität als Raum der Organisierung von Hegemonie sowie der Austragung von sozialen Kämpfen, die sich in der juridischen Arena in Rechtskämpfe transformieren. Diese Arena wird in kapitalistischen Gesellschaften durch strategische Selektivitäten markiert. Das bedeutet: Für soziale Bewegungen, die gesellschaftskritische Positionen vertreten und sich durch radikale Handlungsrepertoires auszeichnen, ist dieses Terrain besonders undurchsichtig und schwer zugänglich. Dennoch häufen sich Beispiele von sozialen Auseinandersetzungen, die trotzdem in diesem Terrain produktive Ergebnisse für kritische soziale Bewegungen absichern, so beispielweise die historischen Kämpfe um politische Rechte und Teilhabe der Bürger:innenrechtsbewegung (vgl. McCann 2006; Polletta 2000; Tushnet 2005), die Führung von Klagen nach Initiativen der Umweltbewegung (vgl. Kolb 2007; Losekann 2013; Vanhalala 2012), der queerfeministische Zugriff auf Rechtsmittel im Bereich der Antidiskriminierungsrechte und der sozialen Kämpfe für LGBTQ+-Personen (vgl. Chua 2014; Elsuní 2011; Fuchs 2010) sowie die Rechtskämpfe um Asylrecht rund um die Migrationsfrage (vgl. Buckel 2013; Pichl 2021a).

Das Recht ist strukturell widersprüchlich: Es ist ein umkämpftes Feld, auf dem die oben genannten Rechtskämpfe und weitere geführt werden. Es ist zugleich eine soziale Form, die, so wie im zweiten Kapitel in Anlehnung an materialistische und feldtheoretische Ansätze herausgearbeitet (vgl. Bourdieu 2019b, 2019a; Buckel 2008, 2007; Jessop 1999; Paschukanis 2003), Effekte der Entpolitisierung und Abstraktion sozialer Kämpfe sowie der Isolierung von Individuen erzeugt. Die fest strukturierte und gleichzeitig poröse Feldstruktur wird dennoch strategisch von externen Herausfordernden, darunter sozialen Bewegungen ausgenutzt. Kollektive Akteurskonstellationen können sich im Kontext ihrer sozialen Kämpfe auf die Grammatik der etablierten Rechte berufen, denn diese bilden und fixieren vorübergehend das Resultat früherer Auseinandersetzungen auf diesem Terrain (vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007). Es ist kein Novum, dass rechtliche Institutionen in der Regel nicht unmittelbar von sozialen Bewegungen adressiert werden können, wie Bourdieu (2019b: 69) betont. Sie fungieren aber dennoch als vorteilbringende Folie für die Bearbeitung gesellschaftlicher Angelegenheiten, die durch politisch organisierte Kollektivitäten artikuliert werden (vgl. Chua 2014; Buckel 2008; Buckel et al. 2021). Dies geschieht auch in Fällen, in denen Gerichtshöfe und Rechtsverfahren durch politisches Handeln aktiviert und teilweise auch gestützt werden, wenn es darauf ankommt, dass juridische Intellektuelle mit Entscheidungskompetenz in besonders umstrittenen Fällen einen Beschluss fassen (vgl. Burstein 1991; Santos 2018). Um die politischen Handlungen kollektiver Akteursgruppen, die durch Mobilisierung progressive Forderungen an die juridische Arena herantragen, in den Vordergrund zu stellen, ist ein bewegungsorientierter Blick auf solche Prozesse instruktiv. Ein solches Verfahren stellt die sozialen Kämpfe in den Mittelpunkt und vermeidet die Gefahr, kollektive Akteurskonstellationen und den politischen Beitrag ihrer Kämpfe durch die Analyse der abstrahierenden Verfahren unsichtbar zu machen.

Die Rekonstruktion kritischer Ansätze der Bewegungsforschung in diesem Kapitel basiert auf dem Grundverständnis, dass die Forschung zu progressiven sozialen Bewegungen einen normativen Gehalt hat bzw. sich politisch positioniert (vgl. Brand 2006; Leinius et al. 2017). Neben der Beschreibung der angewandten Praktiken und Handlungsrepertoires in der Mobilisierung geht es darum, die Formen der kollektiven Organisierung und die artikulierten Anliegen einem gesellschaftlich transformatorischen Projekt zuzuordnen (vgl. Krinsky 2013; Sander 2016; Buckel et al. 2014). Deshalb sind hier weder die Forschungspraxis noch die Auswahl der zu beforschenden Bewegungen neutral. Kritische Ansätze dieses Feldes stellen analytische Werkzeuge bereit, die nach neuen Formen der Organisierung sowie der politischen Eingliederung pluraler Bewegungskonstellationen in soziale Kämpfe fragen (vgl. Cox 2013; Nunes 2014; Süß 2019; Vollmer 2019).

Im Hinblick darauf habe ich Beiträge materialistischer, poststrukturalistischer und feldtheoretischer Konzeptionen zu sozialen Bewegungen dargestellt. Auf der Grundlage dieser Theorien habe ich die kontingen-ten Bedingungen herausgearbeitet, die die Interaktionen zwischen Bewe-gungen und institutionellen Feldern strukturieren (vgl. Ancelovici 2019; Bourdieu 2019; Krinsky 2019). Diese Ansätze tragen ebenfalls zu meiner Forschungsperspektive bei, weil sie soziale Bewegungen und den in-stitutionellen Rahmen angesichts ihrer Ko-Konstituierungsprozesse ins Verhältnis setzen. Mithilfe dieser Beiträge, die die Momente des Zusam-menspiels verschiedener Arenen und pluraler Bewegungsformationen mitberücksichtigen, stelle ich daran anschließend meinen eigenen An-satz zur Analyse und Untersuchung der Manifestierung sozialer Kämpfe in der juridischen Arena dar.

Dieser analytische Rahmen bringt vier Prämissen in Dialog, die das Verhältnis zwischen institutionalisierten und nicht institutionalisierten Momenten sozialer Kämpfe betonen. Ausgangspunkt ist eine Reflexion über den Mehrwert einer situierten und engagierten Forschung zu kol-lektiver Mobilisierung, die soziale Bewegungen im Hinblick auf die sozialen Kräfteverhältnisse betrachtet (5.1). Als zweiten Schritt kommt eine Auseinandersetzung mit der materialistisch fundierten Konzeption von sozialen Kämpfen und politischen Projekten hinzu (5.2). Drittens setze ich ein Verständnis von Kollektivität anschließend an poststrukturalis-tische Beiträge voraus, die den vielfältigen Charakter und die komplexe Formation aktueller Bewegungskonstellationen in den Blick nimmt (5.3). Schließlich integriere ich viertens eine feldtheoretische Dimensi-on in meine analytische Matrix, um die strukturierenden Bedingungen für die Interaktion progressiver sozialer Bewegungen mit den institu-tionellen Feldern, einschließlich dem juridischen, zu analysieren (5.4). Im Folgenden fasse ich die Haupterkenntnisse dieser theoretischen Aus-einandersetzung sowie die zentralen, im zweiten Kapitel erarbeiteten Grundannahmen über die umkämpfte Struktur des juridischen Feldes zusammen, um auf Basis dieser Annahmen die *drei Dimensionen* meines Forschungsansatzes einer *bewegungsorientierten Rechtsmobilisierungs-analyse* zu erläutern.

5.5.1 Die politische Ökonomie der Bewegungskonstellation

Die *erste Dimension* betrachte ich als *politische Ökonomie der Bewe-gung*, denn die konkrete Untersuchung der Praktiken, des Wissens und des sozialen sowie ökonomischen Kontexts bildet die Ausgangsbasis für eine materialistische Forschung zu sozialen Bewegungen (Engelhardt/Moore 2017: 289; Krinsky 2013: 110). Empirische Untersuchungen sowie die engagierte Forschung sind in dieser Hinsicht besonders aussagekräftig,

um – je nach Umsetzungsbedingungen – situierte Erkenntnisse über Mobilisierungsprozesse herleiten zu können. Jede Bewegung hat ihre Geschichte und entfaltet sich unter einer Konjunktur und kontingen-ten Kräfteverhältnissen. Für die Forschung ist es deshalb ergiebig, nicht nur die Reproduktionsbedingungen der Bewegungsakteur:innen zu untersuchen, sondern auch die alltäglichen Erfahrungen und daraus resultieren-den politischen Perspektiven der Aktivist:innen zu berücksichtigen. Die Analyse dieser Aspekte zeigt, wie Cox und Barker betonen, die materiellen Grundlagen der Mobilisierung auf (vgl. Barker 2001; Cox 2013).

Dass sich soziale Bewegungen breiteren politischen Projekten zuordnen können, zeigt darüber hinaus, dass die Erscheinungen sozialer Kämpfe in verschiedenen sozialen Arenen nur angesichts einer umfas-senden Gesellschaftskonzeption zu begreifen sind. Protestereignisse und angewandte kollektive Handlungsrepertoires sind Teile eines gesamten Mobilisierungsprozesses, die die Relationalität partieller Dimensionen des Sozialen zum Ganzen darstellen, wie ich Reflexionen aus materialisti-schen Ansätzen in die Analyse kollektiver Mobilisierung mit einbezie-he (vgl. Engelhardt/Moore 2017; Sander 2016). Wenn der Eingang von Bewegungsforderungen in die juridische Arena unter Berücksichtigung der gesamten Mobilisierungskonstellation betrachtet wird, können Eigenlogik und Universalisierungsstruktur dieser Arena und ihre potenziel-len gesellschaftlichen Effekte erfasst werden (vgl. Bourdieu 2019; Buckel 2007), ohne die Bewegungen selbst außer Acht zu lassen.

Eine materialistisch inspirierte Analyse der Übertragung sozialer Kämpfe in die juridische Arena beginnt somit mit der Untersuchung *der politischen Ökonomie* der Bewegungskonstellation, im Sinne einer Betrachtung der Geschichte, der Infrastruktur und der materiellen Be-dingungen, die die kollektiven Akteur:innen umgeben. Hat man dies im Blick, können einerseits die zentralen Anliegen und Missstände identifi-ziert werden, auf deren Basis kollektive Akteur:innen ihre Forderungen artikulieren. Andererseits gibt die Analyse des politisch-ökonomischen Rahmens und seiner institutionellen Handlungsspielräume eine genaue Vorstellung der Barrieren und Möglichkeiten, mit denen Bewegungen in ihrer kollektiven Praxis konfrontiert sind.

5.5.2 Die Bewegungspraxis: kollektive Ereignisse und Geschichte der Mobilisierung

Eine zweite Forschungsprämissen konzentriert sich auf die situierte *Re-konstruktion der Bewegungspraxis* aus der Perspektive ihrer eigenen Dy-namiken, sprich im Hinblick auf die Konstellation der materiellen Kräf-teverhältnisse während des Mobilisierungszyklus. Diese Dimension, die für den bewegungssensiblen Charakter der Analyse sorgt, schaut auf das

Wissen der Bewegungen und auch auf ihre Interpretationen den Alltags und des eigenen Mobilisierungszyklus (vgl. Cox 2013; Krinsky 2013). Kollektive Handlungsrepertoires stützen sich auf die konkreten Zustände und alltäglichen Erfahrungen. Die kollektiven Akteur:innen positionieren sich und konstruieren ihre Strategien, Allianzen und Praktiken angesichts und mittels der konkreten materiellen Verhältnisse, unter denen sie sich selbst entfalten (Cox 2014: 51, 2013: 127).

Dieser konjunkturorientierte Blick auf die Bewegungshintergründe bedarf demzufolge einer Rekonstruktion des Mobilisierungszyklus, die keine universalisierende Erzählung über eine idealtypische Bewegung ist. Das heißt: Kollektive Prozesse werden unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten und der spezifischen Kräftekonstellation analysiert (vgl. Cox/Nilsen 2014; Leinius et al. 2017). Dabei handelt es sich nicht um die Feststellung allgemeiner Faktoren, Ressourcenformen oder Gelegenheitsstrukturen, die je nach Verlauf der kollektiven Mobilisierung den Erfolg oder die Niederlage einer Bewegung retrospektiv erklären (vgl. McAdam et al. 1996; McCarthy/Zald 1977; Snow et al. 2019a; vgl. dazu auch Kapitel vier). Die hierin vertretene Forschungsperspektive fragt vor allem nach dem politischen Gehalt unterschiedlicher Phasen der Mobilisierung. Einerseits betrachtet sie die Verstärkung oder Schwächung von Bewegungsforderungen und ihrer Vernetzung. Andererseits werden die permanenten Lernerfahrungen, die soziale Bewegungen im Rahmen von Mobilisierungszyklen durchlaufen, anhand ihrer Einschreibung in breitere politische Projekte berücksichtigt (vgl. Barker 2001; della Porta 2013; Sander 2016).

Kollektive Lernerfahrungen und das stete Aushandeln der verschiedenen Perspektiven sind auch grundlegend für die Formierung politischer Bewegungskonstellationen selbst. Eine politische Kollektivität, also der Zusammenschluss unterschiedlicher Akteur:innen mit diversen Erfahrungsperspektiven (Vollmer 2019: 5ff.), erfasst gerade die Vielfalt und den fluiden Charakter von Bewegungsformationen, die dieser Tatsache zum Trotz dennoch gemeinsam kollektiv handeln. Die Konstituierung dieser komplexen Bewegungsnetzwerke ist auch Ausdruck materieller gesellschaftlicher Verhältnisse (ebd.; Leinius et al. 2017: 16). Die Praktiken im Rahmen sozialer Kämpfe oder die Dynamiken der Bewegungen, wie Engelhardt und Moore Handlungsrepertoires begreifen (2017: 285) und die nur unter Betrachtung der sozio-ökonomischen Verhältnisse analysiert werden können, erfordern dafür einen detaillierten Einblick in die Bedingungen für das Zusammenkommen der vielen Einzelnen, von ihren Verbündeten und Unterstützungsnetzwerken.

Konkrete Forschungsergebnisse aus empirischen Vorhaben, die die Repertoires, Ressourcen oder diskursiven Strategien sozialer Bewegungen beschreiben und analysieren, sind für diesen Forschungsschritt gewinnbringend. Unter anderem fokussieren sie auf die internen und

strategischen Dynamiken der Akteur:innen in Bewegungskonstellationen (vgl. della Porta 2013; Snow et al. 2019a; Tarrow 2011; Tilly 2006). Das Heranziehen dieser Erkenntnisse ermöglicht es auch, dass angesichts einer systematischen Betrachtung der Mobilisierungereignisse die umkämpfte Bestimmung von Leitprinzipien einer Bewegungskonstellation nachvollzierbar für die Analyse wird. Die eigenen Erfahrungen der Aktivist:innen und ihrer Verbundenen im Rahmen des Mobilisierungszyklus sorgen für eine, wenn auch kontingente, Identitätsbildung der Bewegung bzw. für die Herausbildung einer Vorstellung von dieser als Kollektivität überhaupt, wie ich diese Prozesse in Anlehnung an Vollmer (2019: 5ff.) interpretiere. Aus der Austragung gemeinsamer und dennoch auch teilweise divergenter Strategien entsteht die Bewegung sowie die Vorstellung dieser als politische Kollektivität.

Der Eintritt von Bewegungsforderungen in die juridische Arena hängt von der Artikulation und Mobilisierung kollektiver Anliegen ab; dafür ist es aber sekundär und sogar kontingent, ob die Akteur:innen, die diese Forderungen auf die Agenda setzen, uniform und völlig kohärent handeln. Solange die Analyse sich auf die sozialen Kämpfe richtet (vgl. Barker 2001; Engelhardt/Moore 2017), sprich auf die Momente, in denen eine aus verschiedenen Erfahrungen konstituierte Kollektivität in gemeinsamen Forderungen konvergiert, kann die Übertragung dieser Forderungen in die juridische Arena jenseits einer reinen Analyse der Rechtsexpert:innen interpretiert werden. Die Analyse der Kämpfe um Rechte, die durch eine politische Kollektivität, im Sinne einer vielfältigen oder imaginierten Bewegungsformation der *vielen* Erfahrungen, ausgetragen werden, fragt daher nach den Konvergenzen der verschiedenen Kampfperspektiven und gemeinsamen Vorstellungen der Bewegungen überhaupt. Einmal in der juridischen Arena werden soziale Antagonismen nach der Eigenlogik des Feldes verarbeitet (vgl. Buckel 2021, 2007). Wird Kollektivität als Pluralität individueller Erfahrungen innerhalb einer komplexen Bewegungsformation verstanden, bleibt im Hintergrund die Annahme bestehen, dass die im juridischen Feld prozessierten Forderungen das Ergebnis von kontingenzen Aushandlungsprozessen sind. Unter dieser Voraussetzung wird es dann möglich, die Eigenlogik der Kämpfe in der juridischen Arena zu ermitteln, die wiederum dazu tendieren, den politischen Charakter kollektiver Mobilisierungsprozesse auszublenden. Dies soll jedoch geschehen, ohne den strittigen und gleichermaßen politischen Keim des Antagonismus außer Acht zu lassen. Die hier vorgestellte materialistische Betrachtung der sozialen Kämpfe verlangt demnach eine situierte Bewegungsgeschichte, die ihre Aktionsformen, Merkmale und kulturellen sowie performativen Hintergründe im Kontext verortet rekonstruiert.

5.5.3 Kollektive Kämpfe auf dem juridischen Terrain

Die Geschichte der Bewegung ist schließlich erst vollständig, wenn – und dies stellt die *dritte* Dimension meines Forschungsansatzes dar – die umgebenden institutionellen Dimensionen, die sich in verschiedenen sozialen Feldern überkreuzen, ebenfalls in die Analyse miteinbezogen werden. Institutionen des Staates stellen die materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse dar und sind deshalb selbst Eintrittspunkte für die widerständige Handlung kollektiver Subjekte (Krinsky 2013; Engelhardt/Moore 2017; vgl. dazu auch: Jessop 1999; Hirsch 2005). Die Möglichkeit der Einschreibung sozialer Kämpfe in die staatliche Apparatur erfolgt nach feldspezifischen Regeln, dazu gehören die besonderen Verfahrensweisen und Hürden der juridischen Arena sowie die strategischen Selektivitäten, die den kapitalistischen Staat charakterisieren (vgl. Bourdieu 2019; Buckel 2007; Fligstein/McAdam 2015; Jessop 1999). Die Verselbständigung, die die verschiedenen sozialen Felder markiert, charakterisiert auch die Entfaltung der Kämpfe in jedem dieser Terrains. Im juridischen Feld ist der Eintritt für soziale Bewegungen aufgrund der spezifischen Verfahrensweise und strukturellen Effekte der Rechtsform besonders schwer, aber dennoch möglich (vgl. Adolphs/Karakayali 2007; Bourdieu 2019; Buckel 2007; Paschukanis 2003). Trotz seiner verhärteten Exklusionsmechanismen birgt das juridische Feld aufgrund seiner Universalisierungsstruktur produktive Potenziale für soziale Kämpfe (vgl. Buckel 2021, 2008; Buckel et al. 2021), auch für diejenigen, die durch gesellschaftskritische soziale Bewegungen ausgetragen werden.

Grundlegend für die Untersuchung der juridischen Momente sozialer Kämpfe ist ein materialistisches Gesellschaftsverständnis, das sowohl die verschiedenen Konfliktfelder einer differenzierten Gesellschaft als nur materielle Teildimensionen des sozialen Ganzen, wie im ersten Argumentationsschritt bereits erläutert, als auch die Prozessierungsregeln in jedem dieser Felder für die Verarbeitung sozialer Konflikte herausstellt (vgl. Cox 2013; Krinsky 2013). Die Einschreibung kollektiver Interessen auf der institutionellen Ebene erfolgt demnach entsprechend den Eintritts- und Distinktionsregeln jeder Arena sowie der Fähigkeit der Bewegungen selbst, je nach Lage der Kräfteverhältnisse, die Zugangsbarriere der Felder herauszufordern (vgl. Bourdieu 2019; Krinsky 2019; Ancelovici 2019).

Diese konflikthafte und doppelt strukturierte Dynamik – denn sie wird sowohl durch die eigene Doxa des Feldes als auch durch die Handlung der Akteur:innen herausgebildet – unterscheide ich im Rahmen meines Ansatzes zur Rechtsmobilisierung als eine Form von Interaktion. Einerseits geschehen solche Interaktionen unmittelbar, wenn zum Beispiel soziale Bewegungen in Kooperation mit juridischen Intellektuellen sich konkreter Rechtsmittel bedienen, um im Rahmen von strategisch

gefährten Rechtsverfahren ihre Anliegen durchzusetzen (vgl. zur strategischen Prozessführung Graser/Helmrich 2019; Fuchs 2013; Hahn 2019). Andererseits treten solche Interaktionen jedoch mittelbar zutage, indem eine politische Kollektivität partikulare Angelegenheiten in gesellschaftlichen Fragen artikuliert, diese durch verschiedene Handlungsrepertoires kollektiv in der Öffentlichkeit kommuniziert und sich dabei breiteren Anklang verschafft (vgl. Israël 2003; McCann 1996; Vestena 2019). Auf eine solche Konstellation werde ich in der Fallstudie zu Portugal zurückkommen, da im Kontext der Anti-Austeritätsproteste nur sehr fragile Strukturen zur rechtlichen Unterstützung der Bewegung existierten (siehe Kapitel 7). Diese zweite Interaktionsform ist im Regelfall nur durch die Forschung zu identifizieren, denn jeder externe gesellschaftliche Einfluss wird im juridischen Feld aufgrund seines hohen Grads an Abstraktion und Selbstreferentialität unsichtbar gemacht (Bourdieu 2019: 49; Buckel 2007: 215ff.).

Kollektiv politisierte Akteur:innen mobilisieren dennoch das Recht und treten demzufolge in das juridische Feld ein: Sei es durch die Repräsentation und Vermittlung der juridischen Intellektuellen; sei es durch indirekte politische Einflussnahme oder Artikulation relevanter Forderungen über Proteste und kollektive Aktionen. Der *dritte Schritt der bewegungsorientierten Rechtsmobilisierungsanalyse* fragt deshalb nach der spezifischen *institutionellen bzw. juridischen Entfaltung sozialer Kämpfe*. Dabei wird im Hinblick auf den konkreten Kontext rund um die Mobilisierung geprüft, inwieweit die betreffende Rechtsordnung die Anliegen sozialer Bewegungen verarbeiten kann und dies tut; so wie auch die juridischen Intellektuellen diese Anliegen innerhalb des juridischen Feldes kommunizieren, interpretieren und dementsprechend *bewegen*. Hierbei ist nicht nur die Analyse des rechtlichen Rahmens und der Normen erforderlich, sondern insbesondere auch der Herauskristallisierung von Bewegungsforderungen in den juridischen Auslegungsprozessen, die durch Gerichtsbeschlüsse ausgedrückt werden. Denn wie Buckel und Fischer-Lescano zutreffend erläutern: Die Rechtsauslegung »speichert« die Ergebnisse politischer Auseinandersetzungen um die Interpretation des Rechts, die zugleich Weltvorstellungen und die Veränderungen des Alltagsverständnis reflektieren (Buckel/Fischer-Lescano 2007: 85ff.; vgl. dazu auch Buckel 2008, 2021).

Die Kombination dieser drei Aspekte für eine bewegungsorientierte Analyse von Rechtsmobilisierungsprozessen zeigt die verschiedenen Facetten, die die *transformierten* sozialen Kämpfe auf dem juridischen Terrain prägen. Grundannahme dafür ist auch, dass die kollektive Handlung sozialer Bewegungen kein typisch juridisches Handeln im strikten Sinne ist, sondern vorerst dem sedimentierten Wissen politischer Handlungsrepertoires folgt. Der Eintritt in die juridische Arena beginnt mit der Bearbeitung sozialer Kämpfe als juridische Angelegenheiten, wenn

diese die Form eines juridischen Konflikts annehmen und durch juridische Intellektuelle, sei es durch die Initiative engagierter Anwält:innen oder den Rekurs politischer Akteur:innen auf das Rechtssystem, überhaupt Gegenstand der juristischen Beratung werden. Das Einlassen auf das juridische institutionelle Terrain erfordert die Überwindung besonders schwerer Hindernisse, die in Anlehnung an die rechtssoziologische Forschung als materielle (z.B. finanzielle Ressourcen, Zugang zur Rechtsberatung und Wissen der Expert:innen des Feldes) und immaterielle Bedingungen (z.B. zeitliche Ressourcen, emotionelle Unterstützung, Verfügbarkeit breiterer Netzwerke zur öffentlichkeitswirksamen Thematisierung kollektiver Anliegen) für die Führung von Rechtsverfahren erfasst werden (vgl. Fuchs 2019, 2012; Hahn 2019; Kaleck/Saage-Maaß 2010, vor allem Kapitel drei). Interaktionen mit dem juridischen Feld verlangen jedoch nicht immer ein deutliches Überschreiten der Feldgrenzen: An den Toren des juridischen Feldes, wie ich die Positionierung sozialer Bewegungen vor der juridischen Arena in Anlehnung an Tarrow (2012) interpretiere, kann eine politische Kollektivität ihre Forderungen durch Proteste, Demonstrationen, öffentlichkeitswirksame Handlungen artikulieren, sodass sich auch auf Basis nicht intendierter und sogar kontingenter Interaktionsformen mit staatlichen und rechtlichen Institutionen produktive Ergebnisse für ihre Mobilisierung ereignen können.

Rechtliche Strategien können zur Verstärkung oder Revitalisierung sozialer Kämpfe führen, zugleich aber auch als eine Form von Veto-Blockade hinsichtlich der Strategien anderer mächtiger Akteur:innen fungieren (vgl. Vestena 2019 und auch Kapitel 7). Das Zusammenspiel zwischen politischen und juridischen Arenen muss von Fall zu Fall betrachtet werden. Ein materialistischer Blick auf das Recht hat es mir bisher erlaubt, diese Übersetzungsprozesse sozialer Kämpfe aus den unmittelbaren politischen Arenen in das juridische Feld theoretisch zu analysieren. In hyperjudizialisierten Gesellschaften (Randeria 2015), wie den aktuellen weltweit, in denen immer häufiger die juridischen Institutionen nach politischer Handlung gefragt werden, können sich Bewegungen dem Einlassen auf dieses Terrain und der Anwendung der vorliegenden strategischen Ansatzpunkte schwer entziehen. Dabei soll weder für die Bewegungen noch für die Forscherin das Dilemma zwischen Vereinnahmung oder Idealisierung von den Potenzialen dieses Terrains entstehen. Denn Bewegungen gehen pragmatisch mit den strukturellen Grenzen des Rechts um und wägen ihre Entscheidungen über einen Eintritt in die juridische Arena nach der Konjunktur der eigenen Kräfteverhältnisse und zudem den Risiken und Vorteilen solcher rechtlichen Strategien ab (vgl. Santos 2018; Chua 2014; dazu auch ähnlich Loick 2019; Buckel 2019; Buckel et al. 2021). Rechtliche Strategien und Entscheidungen können in Mobilisierungsprozessen relevant sein, wenn sie die Bedingungen für die breitere politische Organisierung oder für die Vernetzung verschiedener

Akteur:innen zu gemeinsamen Forderungen verstärken. Die Auswirkungen juridischer Ereignisse auf die breiteren Kämpfe hängen jedoch von mehreren Faktoren ab, die nicht nur durch rechtliche Antworten gesteuert werden. Mit Rekurs auf die methodischen Ressourcen der dargestellten kritischen Ansätze zur Erforschung sozialer Kämpfe in der juridischen Arena beschäftige ich mich im Folgenden mit einer beispielhaften kollektiven Mobilisierung, die auch auf das juridische Feld einwirkte. In der Fallstudie widme ich mich sowohl der Anti-Austeritätsbewegung in Portugal als auch der rechtlichen Auseinandersetzung im nationalen Verfassungsgericht. Diese zwei parallelen und, nach meiner Analyse, partiell überlappenden Konfliktlager untersuche ich im Hinblick auf die Entfaltung der kollektiven Bewegungsdynamiken und auf deren spezifische Austragung in der juridischen Arena.